

um auch international mithalten zu können. Dazu gehört dann aber auch das wissenschaftsunterstützende Personal, u. a. qualifizierte Sachbearbeiter, Architekten, Konstrukteure, Techniker und IT-Leute. Diese arbeiten in den Planungs- und Finanzabteilungen, dem Einkauf, den Werkstätten, Technikabteilungen und den Bibliotheken. Wer sie in dem Entwicklungsprozess nicht mitnimmt, vergebend ihre hohe Motivation, Kreativität und Qualifikation.

Gelingen kann dies mit neuen und besseren Formen des Managements, die zu verstärkter Partizipation aller an der Planung und den Zielvereinbarungen der projekt- und programmorientierter Forschung führen. Nur mit, nicht gegen die Mitarbeiter lassen sich Effizienz und Effektivität der Forschung steigern.

Dies heißt aber auch, dass neue Ansätze zu leistungsorientierter Vergütung kongruent zu den erhöhten Leistungsanforderungen gefunden werden müssen. Das gelingt nur mit einer tarifliche Absicherung und Neugestaltung der Arbeitsbedingungen und Entlohnungsgrundsätze.

## Was will ver.di?

Im Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung organisieren sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der außerhochschulischen Forschungseinrichtungen, um ihre Forderungen nach sozial abgesicherten Berufsperspektiven in der Wissenschaft zu artikulieren und durchzusetzen.

## Daher fordern wir ...

- tarifvertragliche Bindungen für alle Einrichtungen und alle Beschäftigten im öffentlichen Wissenschaftsbereich,
- bundeseinheitliche tarifvertragliche Regelung aller Arbeitsbedingungen,
- die Integration wissenschaftsspezifischer Besonderheiten – auch im technisch unterstützten Bereich – in die Tarifverträge und Reformen gesetzlicher Regelungen der Arbeitsbedingungen,
- einen deutlich höheren Anteil unbefristeter Arbeitsverhältnisse in der Forschung,

- den Wegfall der Möglichkeit einer sachgrundlosen Befristung für Aufgaben von Dauer und ohne wissenschaftliche Qualifizierung,
- effektivere Leitungs- und Entscheidungsstrukturen, also besseres Management, bei gleichzeitigem Erhalt und Ausbau von Mitbestimmungsrechten und Beteiligungsformen,
- die verpflichtende Anwendung und Durchführung der Gleichstellungsgesetze bzw. der Ausführungsvereinbarung Gleichstellung,
- transparente und mit den gesetzlichen Interessenvertretungen abgestimmte Personalplanung, -entwicklung und -management,
- den Ausbau der wissenschaftlichen Aufsichts- und Beratungsgremien (z. B. im Beirat) und ihrer Besetzung auch mit Vertreter/innen der Gewerkschaften,
- eine stärkere Einbindung der Forschung in die Gesellschaft,
- die langfristige Sicherung der Grundlagen- und Vorsorgeforschung sowie ein ausgewogenes Verhältnis von Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung.

[www.biwifo.verdi.de](http://www.biwifo.verdi.de)  
<https://mitgliedwerden.verdi.de/>



Impressum: ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, 10112 Berlin - Verantwortlich: Petra Gerstenkorn - Bearbeitung: Norbert Konikal - Foto: Georg Weigelt, Fraunhofer IZM - Druck: SunCopy Berlin - Auflage: 1200

# Forschung

## Außerhochschulische öffentliche Forschungs- landschaft

ver.di

Bildung, Wissenschaft  
und Forschung

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

# Außerhochschulische öffentliche Forschungslandschaft

Mit über 85.000 Beschäftigten und einem Etat von etwa 8 Milliarden Euro sind die öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen tragender Bestandteil der deutschen Forschungslandschaft neben den Hochschulen und der industriellen Forschung. Allerdings präsentieren sie sich durch die heterogene Zusammensetzung nicht als Einheit.

Die Forschungslandschaft reicht von ...

- Der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und den Einrichtungen der Leibnitz Gemeinschaft bis zu den Bundes- und Landeseinrichtungen mit dem Auftrag zu Forschung und Entwicklung,
- der Grundlagenforschung über die angewandte Forschung bis zur Realisierung technischer Prototypen,
- Großforschungseinrichtungen über Forschungszentren und -instituten bis zu Museen, Bibliotheken und wissenschaftlichen Serviceeinrichtungen,
- medizinischen, natur- und ingenieurwissenschaftlichen bis zu wirtschafts-, sozial- und geisteswissenschaftlichen Instituten,

- der GmbH, dem eingetragenen Verein oder der Stiftung bis zu öffentlich-rechtlichen Einrichtungen.

Diese Diversität in Organisation, Rechtsform und Auftrag ist Stärke und Schwäche zugleich. Die Stärke liegt darin, die ganze Breite wissenschaftlicher Arbeit kompetent zu repräsentieren, ihre Schwäche in der Zersplitterung, die es ihr schwer macht, ihre gemeinsamen Interessen in einer sich rasch wandelnden Forschungslandschaft zu artikulieren und durchzusetzen.

## Zunehmender Wettbewerb – Tiefgreifende Veränderungen

Die Erhöhung der finanziellen Zuwendungen von Bund und Ländern ist mit der Auflage verbunden, die Mittel verstärkt durch wettbewerbliche Verfahren zu vergeben. Gleichzeitig wächst der Druck auf die Einrichtungen, verstärkt Drittmitteln einzuwerben.

Die ständige Evaluation der Ergebnisse, die Einführung des wissenschaftlichen Controllings und der Kosten- und Leistungs-

rechnung als neue Steuerungsinstrumente sowie der Wechsel von institutioneller zu programm- und projektorientierter Förderung führen zu tiefgreifenden Veränderungen der Kriterien für die Mittelvergabe. Durch die Budgetierung und Globalisierung der Haushalte kommt es zu einer personellen und finanziellen Eigenständigkeit, die sowohl die Leitungen als auch die Beschäftigten vor neue Herausforderungen stellt.

Trotz der verschärften Wettbewerbssituation müssen die Forschungseinrichtungen stärker und enger miteinander sowie mit Hochschulen kooperieren, z. B. durch Bildung von Anwendungszentren, Exzellenzzentren und -netzwerken, um ihre Kompetenzen zu bündeln und auf gemeinsame Ziele auszurichten. Gemeinsames Auftreten ist auch nötig, um die Politik zu höheren Ausgaben für die Forschung zu bewegen, damit der Anteil der öffentlichen Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt nicht hinter dem unserer größten Konkurrenten auf dem Weltmarkt zurückbleibt.

Die Konkurrenz um die „besten Köpfe“ ist weltweit sehr groß.

Kapazitäten mit Renommee werden außerordentlich bezahlt. Zudem dürfen sie ihre eigenen Forschungsaufträge mit den schon vorhandenen eigenen Mitarbeiter(inne)n weiter betreiben. Ausschreibungen hierfür gibt es nicht.

Der verstärkte Zwang, auch für andere Forschungseinrichtungen als Fraunhofer, sich über Drittmittel – auch der Industrie – zu finanzieren sowie die häufig zu verzeichnende Verquickung von Forschungseinrichtungen und Wissenschaftler(inn)en mit privaten Unternehmen bergen die Gefahr in sich, die für die langfristige Sicherung des Wissenschaftsstandortes Deutschland notwendige Grundlagenforschung zugunsten einer kurzfristig angelegten angewandten Forschung zu vernachlässigen.

## Wissenschaft in öffentlicher Verantwortung

Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben erkannt, dass es in ihrem ureigensten Interesse liegt, sich an den öffentlichen Debatten zu Sinn und Nutzen, Risiken und ethischen Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens zu beteiligen. Zahlreiche Veranstaltungen und die vielfältige Öffentlichkeitsarbeit belegen dies.

Die Wissenschaft muss Diskussionen über die Ziele der Forschung, deren gesellschaftliche Werte und ethische Normen initiieren (z. B. die Zivilklausel), da auch Forschung die Grundlage für zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen maßgeblich beeinflusst. Dies bietet die Chance, bei einer breiten Öffentlichkeit das Bewusstsein über die Wichtigkeit wissenschaftlicher Arbeit für die langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen und für den Erhalt sozialer Sicherheit zu stärken. Nur so kann Druck auf die Regierung

ausgeübt werden, die öffentliche Forschung in einem angemessenen finanziellen Rahmen sicherzustellen. Damit verbunden müssen die Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft attraktiver gestaltet werden. Die Politik der Ermächtigungsschreiben durch Bund und Länder, mit denen nur bestimmte Gruppen belohnt und andere Beschäftigtengruppen ausgeschlossen werden, muss von tarifvertraglichen Regelungen abgelöst werden.

## Mitbestimmung an Planungen und Zielvereinbarungen bei Forschungsvorhaben

Das Umdenken auf strategische inhaltliche Planung und Wettbewerbsorientierung zwingt die Leitung der Forschungseinrichtungen dazu, die ihnen zur Verfügung gestellten Steuerungsmittel konsequent zu nutzen und alle vorhandenen Ressourcen zu aktivieren. Sie müssen die Exzellenz der Forschung in ihrem Bereich steigern, ►